

St. h. Chef des Departement

29. IV

Bz

Herrn Minister Jekeler

26. 4. 54  
dodis.ch/9058  
L. 30.

Notiz

GV  
mk

↑ B. M. M. A. 2

über eine am 23. April 1954 in Genf abgehaltene Besprechung zwischen Herrn Legationsrat Sven Stiner und den Herren Richard Gyptner und Herbert Meyer vom Aussenamt bzw. Aussen- und Innenhandelsamt der DDR

Herr Gyptner eröffnet das Gespräch, indem er darauf hinweist, dass nach der Auffassung der ostdeutschen Behörden eine möglichst beschleunigte Weiterführung der bereits eingeleiteten Besprechungen höchst wünschbar wäre. Hinsichtlich der seinerzeit zwischen ihm und Herrn Legationsrat Schnyder in Genf besprochenen grundsätzlichen Bedingungen einer Verständigung betont er,

- 1) dass die DDR sich nicht mit einer Handelsvertretung in Zürich begnügen würde, sondern der Meinung sei, diese müsse in Bern, d.h. in der Hauptstadt errichtet werden, mit Zutrittsrecht zu den zuständigen Bundesbehörden;
- 2) dass eine irgendwie geartete offizielle Verbindung zwischen unserer Delegation in Westberlin und unserer Vertretung in Ostberlin nicht geduldet werden könne. Demnach wären z.B. Visa in Ostberlin zu erteilen und dort ebenso Schweizerpässe zu verlängern etc. (Schon in Westberlin ausgestellte Schweizerpässe könnten selbstverständlich weiter verwendet und brauchten nicht durch neue ersetzt zu werden; indessen müsste ihre Verlängerung für in der DDR niedergelassene Schweizerbürger in Ostberlin erfolgen. Dies in Beantwortung einer von Herrn Schnyder anlässlich der letzten Besprechung vom 20. März 1954 aufgeworfenen Frage.)

Ich antworte, dass in der Schweiz, offenbar im Gegensatz zu der ostdeutschen Auffassung, eher die Neigung besteht, die Verhandlungen zu verlangsamen, da durch die sog. Souveränitätserklärung die Frage eines Austausches von Handelsvertretungen eine politische Bedeutung erlangt habe, die ihr beim Be-

Dodis



ginn unserer Gespräche nicht zugekommen sei. Was vor dieser Erklärung noch - verhältnismässig - unbeachtet hätte gemacht werden können, dürfte im heutigen Zeitpunkt zu einer auffallenden und allgemein kommentierten Manifestation gestempelt werden. Was vor etwas mehr als einem Monat noch eine rein praktische und pragmatische Lösung war, enthält heute nach aussen eine ausgesprochen politische Komponente. Aus diesem Grunde, so erkläre ich, hat unsere Regierung bei allem Interesse, das nach wie vor für die Sache besteht, sich nicht entschliessen können, das Politische Departement zu einer beschleunigten Diskussion des uns hier interessierenden Problems zu ermächtigen.

Herr Gyptner gibt seinem Erstaunen Ausdruck darüber, dass die Souveränitätserklärung uns zu einer - mindestens vorläufigen - Einstellung der begonnenen Diskussion bewegen haben soll; er hätte genau das Gegenteil erwartet, besonders angesichts des ausgesprochenen Interesses, das er bei uns für die Aufnahme von Beziehungen habe feststellen können.

Ich wende mich an Herrn Meyer mit der Frage, ob nicht Herr Schnyder seinerzeit in Berlin darauf hingewiesen habe, dass wir eine Lösung wünschen, die möglichst wenig spektakulär ist. Er bestätigt, dass tatsächlich eine Abrede in diesem Sinne zwischen ihm und Herrn Schnyder getroffen worden sei. Ich erkläre daraufhin, dass durch die Tatsache der Souveränitätserklärung die Gefahr erhöht worden sei, dass einem durch die Presse breitgeschlagenen Austausch von Handelsvertretungen eine spektakuläre Bedeutung beigegeben werde, die er natürlich in abstracto eigentlich nicht haben würde; aus diesem Grunde habe aber unsere Regierung, die in solchen Fragen vorsichtig und empfindlich sei, offenbar eine gewisse Hemmung, gerade im heutigen Zeitpunkt - während die ganzen Entwicklungen hinsichtlich Ostdeutschland noch im Flusse seien - zu einer Aufnahme von Beziehungen zu schreiten.

Zur Sache selbst bemerke ich, dass wir nach wie vor eher an eine ostdeutsche Handelsvertretung in Zürich denken würden, wie bereits Herrn Meyer in Berlin und Herrn Gyptner in Genf auseinandergesetzt. Dies stelle auch insofern eine logische Lösung dar, als Zürich das eigentliche Zentrum des schweizerischen Handelsverkehrs sei. Herr Gyptner erwidert darauf, dass seine Ausführungen nur eine vorläufige Stellungnahme darstellten; ohnehin würde man über die Einzelheiten noch in eigentliche offizielle Verhandlungen eintreten müssen, und es sei nicht ausgeschlossen, dass in ihrem Verlaufe eine Verständigung betreffend Züricherfolgen könne. Vorläufig habe er nur die grundsätzliche Meinung seiner Regierung zum Ausdruck bringen wollen, und diese laute dahin, dass ein Austausch der gegenseitigen Vertretungen am Regierungssitz erfolgen sollte.

Auf meine Frage, ob unsere Vertretung in Ostberlin intern der Leitung der Westberliner Delegation unterstellt werden könnte, antwortet Herr Gyptner bejahend. Was wir intern für Lösungen vorsähen, interessiere die Behörden der DDR nicht; sie möchten nur vermeiden, dass unsere Delegation in irgendwelcher Form offiziell in Ostberlin in Erscheinung tritt.

Herr Gyptner räumt ein, dass es schlussendlich Sache der schweizerischen Regierung sei, ihre Entscheide zu treffen, wie sie es für gut finde. Er bemerkt aber, es liege im Zwang der Verhältnisse, dass wir zu irgend einer Verständigung kommen müssten. Wir seien auch nicht der einzige Staat, mit dem die DDR gegenwärtig über dieses Thema verhandle, und die Ereignisse würden sich vielleicht in naher Zukunft überstürzen. Eine praktische Frage, die gebieterisch nach einer Lösung verlange, sei diejenige der Beschaffung von Visa für Schweizerbürger, die nach der DDR zu reisen wünschen. Herr Meyer fügt die Bemerkung bei, dass auch für die in der DDR niedergelassenen Schweizerbürger allerhand Schwierigkeiten entstehen könnten.

Ich gebe zu, dass hinsichtlich der Visa ein gewisses dringliches Problem besteht. Was die Verhandlungen der DDR mit

andern Staaten anbelange, so könnten wir nur hoffen, dass eine Normalisierung der Verhältnisse eintrete; wir möchten nur auf Gründen einer traditionellen Politik nicht die allerersten sein, die mit der DDR nach der Souveränitätserklärung ins Gespräch kommen.

Herr Gyptner bemerkt im weiteren Verlauf der Diskussion, dass gegebenenfalls im Sinne einer Uebergangslösung die auftretenden Visumfragen "von Aussenamt zu Aussenamt" geregelt werden könnten. Es sei uns frei gestellt, Visumanträge von Schweizerbürgern direkt dem Aussenamt der DDR zuzusenden, wo sie, dies könne er zusichern, mit allem Verständnis behandelt würden; denn die ostdeutschen Behörden begrüßten es, wenn Ausländer in das Gebiet der DDR einreisen, wie sie überhaupt <sup>die</sup> -/Anwesenheit einer verhältnismässig zahlreichen ostdeutschen Delegation an den gegenwärtigen Verhandlungen über Ost-West-Handel beweise es - den grössten Wert darauf legten, ihren Staat und insbesondere seine Produktion in der Umwelt besser bekannt zu machen.

Abschliessend stellt Herr Gyptner fest, dass offenbar der nächste Schritt in der heute besprochenen Angelegenheit von unserer Seite erfolgen müsste; er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass dies früher geschehen möge als heute angesichts der von mir abgegebenen Erklärungen vorausgesehen werden könne.

Wir scheiden voneinander in gutem Einvernehmen, wie ich denn überhaupt betonen muss, dass meine zwei deutschen Gesprächspartner trotz der Enttäuschung, die sich sichtlich bei meiner negativen Haltung auf ihren Zügen malte, während unserer ganzen Unterhaltung ausgesprochen höflich und korrekt blieben.

Genf, den 26. April 1954.

*Müller*